



Inkrafttreten der Bebauungspläne

- 1) Nr. 531 „Wefelshohl“, 5. Änderung
- 2) Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“, 3. Änderung
- 3) Nr. 569 „Rostocker Straße“, 1. Änderung
- 4) Nr. 573 „Bräuckenwiese“, 2. Änderung
- 5) Nr. 752 „Peddensiepen“, 1. Änderung
- 6) Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“, 4. Änderung

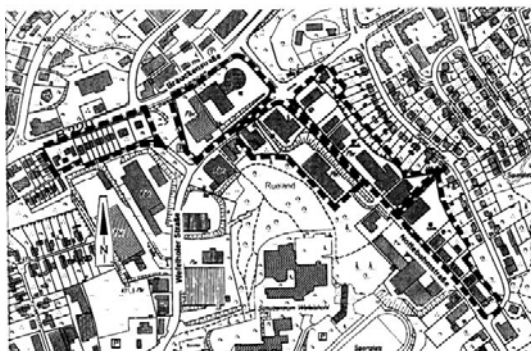
Gemäß § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498) wurden die Bebauungspläne

- Nr. 531 „Wefelshohl“, 5. Änderung
- Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“, 3. Änderung
- Nr. 569 „Rostocker Straße“, 1. Änderung
- Nr. 573 „Bräuckenwiese“, 2. Änderung
- Nr. 752 „Peddensiepen“, 1. Änderung
- Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“, 4. Änderung

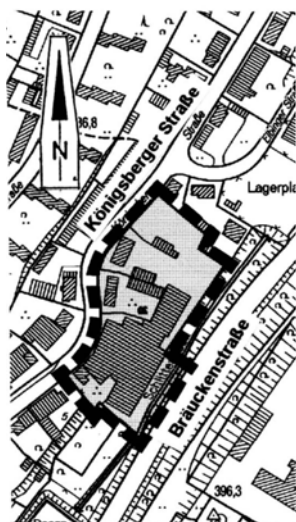
vom Rat der Stadt Lüdenscheid am 12.11.2007 als Satzungen und die Begründungen hierzu beschlossen.

Die vorstehenden Satzungen werden hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Bebauungsplangebiete sind nachstehend abgebildet.

Nr. 531 „Wefelshohl“, 5. Änderung



Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“, 3. Änderung



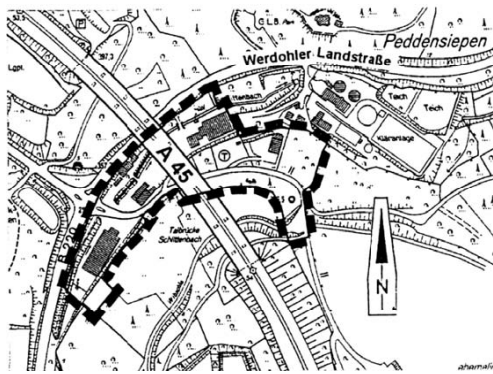
Nr. 569 „Rostocker Straße“, 1. Änderung



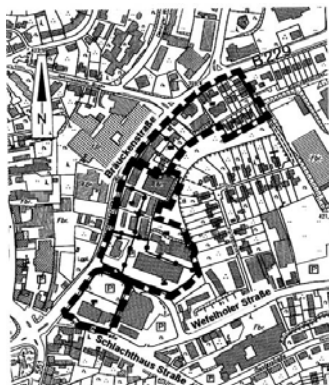
Nr. 573 „Brückenwiese“, 2. Änderung



Nr. 752 „Peddensiepen“, 1. Änderung



Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“, 4. Änderung



Die Bebauungspläne

- Nr. 531 „Wefelshohl“, 5. Änderung
- Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“, 3. Änderung
- Nr. 569 „Rostocker Straße“, 1. Änderung
- Nr. 573 „Bräuckenwiese“, 2. Änderung
- Nr. 752 „Peddensiepen“, 1. Änderung
- Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“, 4. Änderung

liegen mit Begründung, Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab im Zimmer 537 des Rathauses der Stadt Lüdenscheid, Rathausplatz 2, während der Dienststunden der Stadtverwaltung zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Die Bebauungspläne

- Nr. 531 „Wefelshohl“, 5. Änderung
- Nr. 565 „Glatzer Straße / Königsberger Straße“, 3. Änderung
- Nr. 569 „Rostocker Straße“, 1. Änderung
- Nr. 573 „Bräuckenwiese“, 2. Änderung
- Nr. 752 „Peddensiepen“, 1. Änderung
- Nr. 765 „Ehemaliger Schlachthof“, 4. Änderung

treten rückwirkend zum 26.12.2007 in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Lüdenscheid, Rathausplatz, 58507 Lüdenscheid, geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründet, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 BauGB über die Geltendmachung von Planungsentschädigungsansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen im Falle der in den §§ 39-42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteilen und auf das nach § 44 Abs. 4 mögliche Erlöschen der Ansprüche, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung das Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lüdenscheid, 18.11.2008
Der Bürgermeister
Dzewas